

# Die Furcht vor dem nächsten Anschlag

Nach den letzten beiden Brandstiftungen in der Alterssiedlung Oberdorfstrasse und auf dem historischen Bäumlifogut stehen der Gemeinderat und die kantonalen Ermittlungsbehörden unter zunehmendem Druck.

DIETER WÜTHRICH

Die einen – zum Beispiel EVP-Einwohner Heinrich Ueberwasser – fordern einen so genannten Profiler, um der Täterschaft bzw. deren offensichtlich schwer gestörter Persönlichkeit auf die Spur zu kommen. Die anderen – wie etwa SVP-Einwohner Eduard Rutschmann – wollen mit einer nachts auf Gemeindegebiet patrouillierenden Bürgerwehr aus Feuerwehr, Securitas und Zivilschutzmitarbeitenden weitere Brandstiftungen verhindern. Der Gemeinderat hält Krisensitzung mit Polizei und Staatsanwaltschaft. Und alle zusammen hoffen und wünschen, dass die zunehmend unheimliche Serie von Brandstiftungen endlich ein Ende hat, indem die Täterschaft dingfest gemacht wird.

Doch die Ermittlungen gestalten sich derzeit offenbar wie die Suche nach der vermaledeiten Stecknadel im Heuhaufen. Denn trotz den mittlerweile über zwei Dutzend Fällen seit März 2005, bei denen von Brandstiftung ausgegangen werden muss, lässt sich laut Markus Melzl, Pressesprecher der Staatsanwaltschaft, kein klares Muster erkennen. Wohl sei mit recht hoher Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass für jene Brände, die an unbewohnte Gebäulichkeiten wie Scheunen, Geräteschuppen und Gartenhäuschen gelegt wurden, ein und dieselbe Täterschaft verantwortlich sei. Offenbar suche sich der oder die dafür verantwortlichen Brandstifter bewusst Gebäude aus, die ebenso leicht und unbemerkt zugänglich seien, wie sie nach der Brandlegung wieder verlassen werden können. Bisher hätten er oder sie noch eine gewisse Hemmschwelle in Bezug auf die Gefährdung von Personen gehabt. Doch diese Hemmschwelle scheine zu wanken, selbst wenn auch beim Brand auf dem Bäumlifogut

**Blick auf das bis auf die Grundmauern niedergebrannte Ökonomiegebäude auf dem Bäumlifogut. Nur dank dem beherzten Einsatz der Feuerwehr konnte ein Übergreifen des Feuers auf das Hauptgebäude (rechts) verhindert werden.**

Foto: Philippe Jaquet



nicht am Wohngebäude oder am Hauptökonomiegebäude, sondern an die daneben stehende Scheune Feuer gelegt wurde. Doch weil nur durch den massiven Wassereinsatz der Feuerwehr ein Übergriff des Feuers auf das Wohngebäude abgewendet werden können, nehme die Täterschaft menschliche Opfer offenbar mittlerweile zumindest billigend in Kauf.

Da aber auch immer wieder in geschlossenen, nicht ohne Weiteres zugänglichen Örtlichkeiten Feuer gelegt wurde, zuletzt vergangene Woche im Keller der Alterssiedlung Oberdorfstrasse, sei anzunehmen, dass in diesen Fällen eine andere Täterschaft verantwortlich sei. «Würden wir mit den bisher vorhandenen wenigen Erkenntnissen einen Profiler beiziehen, müssten wir deshalb auf dessen Fragen nach möglichen Besonderheiten der Täterschaft oder der Tat selbst immer wieder antworten: «Das wissen wir nicht», so Markus Melzl gegenüber der RZ. Grundsätzlich brauche ein Profiler nicht sehr viele Indizien, um ein schlüssiges Täterprofil zu erstellen, aber selbst diese wenigen Indizien könne man derzeit nicht liefern. Deshalb mache es aktuell keinen Sinn, einen solchen Experten beizuziehen.

Ermittelt wird derzeit in vielen Rich-

tungen: so wird zum Beispiel auch überprüft, ob der oder die Brandstifter gleichsam grenzüberschreitend ihr Unwesen treiben, nachdem diese Woche auch in Lörrach auf eine unbewohnte Liegenschaft ein Brandanschlag verübt wurde und unlängst in einem Schuppen bei der Tramwendeschlaufe unmittelbar beim Grenzübergang an der Lörracherstrasse Feuer gelegt wurde. Ebenso wird nach möglichen Schlussfolgerungen aus der Tatsache gesucht, dass es nach der ersten Brandserie im Jahr 2005 rund ein Jahr lang keine Brandstiftungen mehr gegeben hat.

## Mitwirkung erwünscht

Und wie steht es mit einer Bürgerwehr? Gemeindepräsident Willi Fischer betont, dass die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit eine hoheitliche Aufgabe sei und das Gewaltmonopol beim Staat sei und bleiben müsse. «Es kann also nicht darum gehen, dass sich Leute wie weiland im Wilden Westen selber zu Hilfssheriffs ernennen, um Selbstjustiz zu üben.» Sehr erwünscht sei hingegen, dass alle Einwohnerinnen und Einwohner ihre Wachsamkeit schärfen und nicht zögerten, bei der geringsten verdächtigen Wahrnehmung die Polizeinotrufnummer 117 zu wählen. Besonders wichtig sei jetzt

auch die Nachbarschaftshilfe. «Und sicher sollte man nicht brennbare Materialien unbeaufsichtigt lagern oder herumstehen lassen. Zudem ist man gut beraten, vermehrt Kontrollgänge in der eigenen nächsten Umgebung zu unternehmen, dies gilt insbesondere auch für Leute mit einem eigenen Gewerbebetrieb und natürlich für die Landwirte», so Willi Fischers Appell an die Bevölkerung.

Der SVP reichen diese Präventionsmassnahmen allerdings nicht: Eduard Rutschmann will darum mit einem parlamentarischen Auftrag die Gemeindebehörden zu zusätzlichen Sicherheitsmassnahmen verpflichten. «Alles, was Riechen sicherer macht, ist gut», erklärt Rutschmann. Positiv sei immerhin, dass nun auch Exponenten anderer Parteien Druck machten, «nachdem wir vor zwei Jahren noch ausgelacht wurden, als wir angesichts der ersten Brandserie ein verbessertes Sicherheitsdispositiv forderten».

Rutschmann erinnert in diesem Zusammenhang an die aargauische Gemeinde Hirschthal, wo vor einigen Jahren innert kurzer Zeit unzählige Einbrüche verübt worden seien. Nachdem die Gemeindefeuerwehr mit nächtlichen Patrouillen in Uniform begonnen habe, seien keine Einbrüche mehr

verzeichnet worden. Nach Rutschmanns Vorstellung müssten die Mitglieder einer solchen Bürgerwehr von der Polizei für ihre Aufgabe geschult und auch im Einsatz strikt von dieser geführt werden. Auf die Polizei selbst lässt der SVP-Politiker indessen nichts kommen: «Die machen einen Superjob.» Die Frage sei bloss, ob ihr die für ein verbessertes Sicherheitsdispositiv notwendigen personellen Mittel überhaupt zur Verfügung stünden. Dies umso mehr, als das Polizeikorps wegen der Uhren- und Schmuckmesse und bald auch wegen der EURO 08 schon heute «am Anschlag» sei.

Nach Auskunft von Willi Fischer ist dem Gemeinderat Anfang Woche anlässlich einer «Krisensitzung» mit Vertretern von Polizei und Staatsanwaltschaft glaubhaft und plausibel versichert worden, dass die Ermittlungstätigkeiten nicht zuletzt mit die Einberufung einer polizeilichen Sonderkommission massiv verstärkt worden sind.

## «Eine gewisse Ohnmacht»

Die Stimmung in der Bevölkerung nimmt der Gemeindepräsident unterschiedlich wahr. «Die einen sagen, es ist zwar schlimm, aber es betrifft mich nicht direkt. Allgemein ist aber doch eine wachsende Besorgnis spürbar. Und auch wir Behörden verspüren ein Gefühl der Ohnmacht, weil wir das Problem bisher nicht in Griff bekommen haben.» Innerhalb der Verwaltung sei man zwar auch der Frage nachgegangen, ob die Brandstiftungen vielleicht von jemandem begangen worden sein könnten, der oder die sich in irgendeiner Weise von den Gemeindebehörden benachteiligt fühlen oder in einem schwierigen Konflikt mit einer Amtsstelle steht. Doch auch diese These habe sich nicht erhärten lassen.

Was den Ruf nach einer Bürgerwehr betrifft, gebe es damit vor allem im Ausland gewisse Erfahrungen. Diese wolle man nun aber zuerst einmal näher studieren. Sollte sich einerseits die Situation durch weitere Brandstiftungen zuspitzen und andererseits die Analyse der bisher gemachten Erfahrungen mit Freiwilligenpatrouillen positiv verlaufen, so mag Willi Fischer nicht ausschliessen, auf die Forderung der SVP zurückzukommen, sofern damit organisierte Nachbarschaftshilfe verstanden werde.